



Dringliche Anfrage wegen Korruption bei der FPÖ

Korruptionsvorwürfe gegen die FPÖ waren auch Thema bei der Nationalratssitzung am 23.09.

Bei der dringlichen Behandlung einer schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Peter Pilz an Justizminister Wolfgang Brandstetter ging es um die Vorgehensweise des Justizministeriums bei Ermittlungen gegen Abgeordnete der FPÖ. Ich habe in meiner Rede ein Best of an Verurteilungen und Verfahren gegen FPÖler gegeben. Hier ein Auszug (die gesamte Rede ist auf www.petra.bayr.at/reden):

„Zur Dringlichen Anfrage: Die FPÖ ist die Partei, die sich als die Partei der Saubermänner und der Anständigen geriert. Aber gleichzeitig gibt es nirgendwo, in keiner einzigen Partei dieser Republik, eine so hohe Frequenz von Verurteilten, von unter Verdacht Stehenden wie in dieser FPÖ. Und damit die Leute, die erwägen, dieser Partei ihre Stimme und damit auch ihr Vertrauen zu geben, das wissen, bringe ich nun eine kurze Aufzählung, einen kurzen Auszug von Leuten, die sie da wählen, denen sie ihr Vertrauen geben, dieser Partei, die diese Leute alle vereint.

Zum Beispiel Karlheinz Klement, ehemaliger FPÖ-Nationalrat: rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung.

Ernest Windholz, ehemaliger FPÖ-, dann BZÖ-Nationalrat: rechtskräftig verurteilt wegen Körperverletzung.

Bernhard Gratzler, ehemaliger niederösterreichischer Landesparteiobmann: rechtskräftig wegen Untreue verurteilt.

Wolfgang Haberler, ehemaliger FPÖ-Landtagsabgeordneter: rechtskräftig verurteilt wegen Betrug und falscher Beweisaussage.

Karl Mayrhofer, Vorarlberger FPÖ-Politiker: rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung.



Bei der Rede im Parlament

Ferdinand Spielberger, ehemaliger FPÖ-Stadtrat in Graz: rechtskräftig verurteilt wegen sexueller Nötigung.

Oder Michael Winter, ehemaliger Landesobmann des Rings Freiheitlicher Jugend: rechtskräftig verurteilt wegen Verhetzung.

Und so weiter und so fort. Ich könnte jetzt noch mit Uwe Scheuch, Peter Westenthaler und ich weiß nicht mit wem noch alles fortsetzen. Meine Redezeit reicht leider nicht aus, um meine anderen Listen, die ich auch noch hier hätte, zu zitieren.

Aber abgesehen von den realen Verurteilungen, benehmen sich Politiker und Politikerinnen der FPÖ in einer Art und Weise, wo ich nicht einmal anstreifen möchte. Sie hetzen nämlich gegen Leute, die wirklich um ihr Leben flüchten, die hierherkommen und hier einen Boden finden, wo sie nicht kriegerisch verfolgt werden.

Aber was ich ganz besonders verwerflich finde, das sind die Dinge, die hier stattfinden, das ist die politische „Brandstiftung“, die von vielen Funktionärinnen und Funktionären der FPÖ ausgeht, wo es ihnen nur darum geht, Angst zu machen, wo es ihnen darum geht, zu verunsichern, wo es ihnen darum geht, eine Gruppe von armen Leuten gegen eine andere Gruppe von armen Leuten aufzuhetzen.“

Anregungen und Kommentare zur FiP bitte direkt an mich unter: petra.bayr@spw.at

Nachhaltige Entwicklungsziele beschlossen

Die Welt hat sich auf gemeinsame Ziele bis zum Jahr 2030 geeinigt

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen Regierungen, der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen stehen die 17 Ziele für eine bessere Welt fest. In den Nachhaltigen Entwicklungszielen – Sustainable Development Goals (SDGs) finden sich nicht nur soziale, wirtschaftspolitische, ökologische sondern auch friedenspolitische Anliegen sowie Fragen der internationalen Zusammenarbeit oder der Konsum- und Produktionsmuster wieder.

Die SDGs betreffen die menschliche Entwicklung und die ökologische Nachhaltigkeit, sie wollen ein besseres Leben für alle Menschen innerhalb der planetarischen Grenzen ermöglichen. Damit sind sie wesentlich breiter gefasst als die Millennium Entwicklungsziele (MDGs), die acht Ziele, welche die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern bis zum Jahr 2015 zum Ziel hatten. Neu an den SDGs im Vergleich zu den MDGs ist auch, dass sie von allen Ländern der Welt umgesetzt werden müssen. So auch von Österreich.

Beim UN-Gipfel von 25. bis 27. September hat die internationale Staatengemeinschaft im Rahmen der UN Generalversammlung die 17 Entwicklungsziele beschlossen. Wie deren Umsetzung gemessen wird, ist allerdings noch unklar. Die nötigen Indikatoren, um den Fortschritt zu beurteilen, sollen im März verabschiedet werden. Nun gilt es möglichst aussagekräftige Indikatoren zu finden, die gleichzeitig leicht zu messen sind.

Sustainable Development Goals Die 17 Ziele für eine nachhaltige Welt im Überblick



1 Jede Form der Armut weltweit beenden



2 Hunger beseitigen Ernährungssicherheit erreichen



3 Gesundheitsversorgung für alle und Wohlergehen verbessern



4 Hochwertige Bildung und lebenslanges Lernen



5 Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung



6 Wasser und Sanitärversorgung für alle



7 Zugang zu nachhaltiger Energie für alle



8 Inklusives Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit



9 Widerstandsfähige Infrastrukturen aufbauen



10 Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern



11 Städte und Siedlungen nachhaltig und sicher machen



12 Konsum- und Produktionsmuster in allen Ländern nachhaltig gestalten



13 Maßnahmen gegen den Klimawandel und dessen Auswirkungen ergreifen



14 Das Leben unter Wasser schützen und nachhaltig nutzen



15 Wälder und Biodiversität schützen, Wüstenbildung bekämpfen



16 Friede, Gerechtigkeit und funktionierende Institutionen



17 Die Umsetzung der Ziele sicherstellen

EU bei Umsetzung der SDGs global und daheim gefordert! Nachhaltigkeitsagenda der UN zentrales Thema bei den politischen Gesprächen in Alpbach

Als Referentin bei der Diskussion "Nachhaltige Entwicklungsziele: Warum soll's Europa kümmern?" im Rahmen der Politischen Gespräche des Europäischen Forum Alpbach nahm ich auf die frauenrelevanten Ziele der SDGs (Sustainable Development Goals) der UN Bezug. Frauen sind nach wie vor benachteiligt, haben ungenügenden Zugang zu Recht und werden strukturell diskriminiert - global ebenso wie in Europa.

Beispiel sind jene 39.000 Mädchen, die täglich verheiratet werden, ohne ihnen eine Chance auf Kindsein, Schulbildung und damit spätere Unabhängigkeit zu geben, sowie jene 90 Millionen statistisch fehlende Frauen, die der Bevorzugung von männlichen Nachkommen durch Mädchenmorden oder Vorenthaltung von Nahrung und Gesundheitsvorsorge zum Opfer fallen.

Geschlechtergerechtigkeit

Speziell Europa muss die Umsetzung der SDGs und hier vor allem der Ziele, die Geschlechtergleichheit verfolgen, vorantreiben. Denn es ist unmöglich, eine Transformation der Welt anzustreben, die allen Menschen ein Leben in Frieden, Wohlstand, Würde und Gesundheit ermöglichen soll, und dabei auf die Fähigkeiten, das Wissen und die Erfahrung der Hälfte der Bevölkerung zu verzichten! Ungleichheit ist gefährlich: sowohl jene innerhalb eines Landes als auch die zwischen Ländern hat negativen Einfluss auf den sozialen Zusammenhalt wie auch auf Individuen.



In Alpbach mit Amina Mohammed, Sonderberichterstatterin für die SDGs

Europa ist verantwortlich für einen Teil des Nachhinkens armer Länder. Unsere Gier nach billigen Rohstoffen führt zu Mangel an fruchtbarem Boden für Menschen im globalen Süden, oft auch zu sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen. Solange die EU dagegen keine Maßnahmen ergreift und juristische Methoden etabliert, wie europäische Firmen, die oder deren Töchtergesellschaften im Ausland Menschenrechtsverletzungen begehen, hier vor Gerichten haftbar gemacht werden können, macht sich die EU mitschuldig.

Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Ababa Österreich mit 0,26 % des BNE von 0,7% Ziel meilenweit entfernt



Die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung ist einer von drei entwicklungspolitischen Meilensteinen 2015. Noch vor dem Beschluss der SDGs haben die Staaten über die Finanzierung von Entwicklung verhandelt. Das Ergebnis ist mager. Die Industrieländer bekennen sich zu dem in den 70er Jahren beschlossenen Ziel, 0,7% des BNE für EZA auszugeben. Österreich hinkt diesem mit 0,26% weit hinterher.

Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer UN-Steuerbehörde konnte nicht durchgesetzt werden. Durch dieses Organ sollte Steuerflucht aus dem armen Ländern vermieden werden und Entwicklungsländer hätten bessere Möglichkeit bekommen, durch Steuereinnahmen ihre nationale Infrastruktur auszubauen. Dies wäre ein wichtiger Schritt für die Entwicklungsländer gewesen.

Mädchen vor Zwangsehe schützen

Weltweit setzten sich Abgeordnete gegen die Verheiratung von Mädchen ein

Afisha ist 14 Jahre und lebt in Ghana. Ihr Lieblingsfach ist Mathematik, ihr Ziel ist es, eine technische Ausbildung zu machen, einen spannenden Job anzunehmen und eines Tages die alltäglichen Kosten selber begleichen zu können. Aber Afishas Vater kann sich das Schulgeld nicht länger für sie und ihre Schwester leisten. Die letzten Monate wurde immer wieder gerechnet, wie es sich ausgehen könnte, die Ersparnisse sind aufgebraucht und mehr Geld kann er sich von Verwandten einfach nicht mehr ausborgen.

„Ja, sie will“

Nun musste er schweren Herzens die Entscheidung treffen Afisha, die jüngere der Schwestern, zu verheiraten. Er kann das Schulgeld für beide Töchter einfach nicht mehr bezahlen. Noch dazu bietet der Zukünftige einen Brautpreis, der ihm und dem Rest der Familie das Leben erleichtert.

Afisha aber will auf gar keinen Fall verheiratet werden. Sie kennt zu viele Mädchen, die gegen deren Willen verheiratet wurden. Mit der Zwangsverheiratung ist der Schulbesuch vorbei, bald kommt das erste Kind und die jungen Mütter verlassen die eigenen vier Wände kaum noch. Die meisten finden sich in totaler Abhängigkeit der Ehemänner wieder: Sie haben keine Ausbildung, in der Folge keinen Job und kein Einkommen. In den schlimmsten Fällen sind sie häuslicher Gewalt ausgesetzt.

So will Afisha nicht leben.

15 Millionen Mädchen

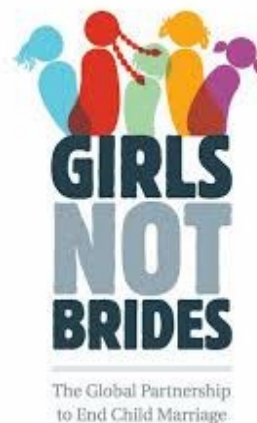
So wie Afisha ergeht es jährlich 15 Millionen Mädchen, die vor deren 18. Lebensjahr verheiratet werden. Jede Minute werden irgendwo auf der Welt 28 Mädchen zu früh zu Bräuten, die allermeisten gegen ihren Willen. Kinder- und Zwangsehen gefährden die Gesundheit und stellen eine grobe Menschenrechtsverletzung dar. Betroffene Mädchen werden den Gefahren von Teenagerschwangerschaften ausgesetzt. Die zweithäufigste Todesursache von 14- bis 18-jährigen Mädchen sind Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt. Die häufigste Todesursache von Mädchen ist übrigens Selbstmord.



Gegen Zwangsehe

Weil es wichtig ist, dass EntscheidungsträgerInnen weltweit zur Beseitigung der Kinderehe an einem Strang ziehen, habe ich eine parlamentarische Deklaration für das Ende von Kinder- und Zwangsehen initiiert, die bereits von über 500 Abgeordneten aus vielen Ländern unterzeichnet worden ist. Darin fordern wir, dass mehr nationale Mittel zum Schutz und zur Förderung von Frauen und Mädchen aufgebracht

werden und dass das Beseitigen von Kinderehe auch in der neuen post2015-Entwicklungsagenda einen prominenten Stellenwert einnehmen soll. In den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) findet sich das Ziel wieder, alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen zu beenden, darunter ist auch die Kinderehe zu verstehen.



Besonders freut mich, dass die Petition auch von vielen österreichischen Abgeordneten unterstützt worden ist. Das internationale Netzwerk "Parliamentarians for Global Action" (PGA), in dessen Vorstand ich aktiv bin, hat das Unterzeichnen der Deklaration koordiniert.

PGA vereint Abgeordnete aus aller Welt, die sich für die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Nicht-Diskriminierung und Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Der ehemalige österreichische Botschafter Martin Sajdik wird im Dezember von PGA auf meinen Vorschlag hin für dessen Einsatz für die Rechtsstaatlichkeit im Rahmen der Vereinten Nationen geehrt.